

Die Entwertung der geistigen Arbeit.

Eine der auffallendsten, zugleich aber eine der zu schwersten Bedenken Anlaß gebenden Erscheinungen, die sich im Gefolge des schon so lange währenden Krieges zeigen, ist die Verschiebung in der Bewertung aller Güter, insofern diese Bewertung zahlenmäßig durch Geldwertzeichen ausgedrückt erscheint. Wo diese Wertverschiebung durch die augenblickliche Knappheit des betreffenden Gutes begründet ist, können diese Bedenken mit Fug und Recht auf die Erschwerungen, die aus den hohen Preisen dem Leben breiter Bevölkerungsschichten erwachsen, hinweisen; aber hier kann man doch mit Zurecht sagen, daß eine rückläufige Bewegung in den Preisen in dem Augenblick einzuwirken muß, in dem die Hauptursache der Teuerung, die Knappheit, sich mildern wird — wenn auch ein Stabilität versprechendes Verhältnis der Güterwerte zueinander erst nach geraumer Zeit wieder erreicht werden wird. Bedenklicher ist, daß die Bewertung unseres größten Volksgutes, unserer Arbeitskraft, nicht gleichen Schritt gehalten hat mit der Mehrbewertung aller Verbrauchsgegenstände. Hier wird die preisdrückende Wirkung des größeren Angebotes an Arbeitskraft, das nach Friedensschluß infolge des Freiwerdens der heute durch den Seeresdienst gebundenen Kräfte erwartet werden muß, sicherlich schneller eintreten als das Sinken der Preise für die hauptsächlichsten Bedarfsartikel. Denn die Preisrückbildung bei diesen ist nur von gesteigerter Produktion zu erwarten, der einerseits schwere Hemmungen infolge des Rohstoffmangels und anderer Ursachen im Wege stehen, und die andererseits durch zu gewärtigende mehr oder minder stürmisch auftretende Bedarfsbedürfnisse kaufkräftiger Kreise in der ersten Zeit kompensiert werden wird. Hauptsächlich wird aber ins Gewicht fallen, daß der Abbau des Preises für Arbeitskraft von einem relativ viel niedrigeren Ausgangspunkt wird angetreten werden als der Abbau des Preises aller sonstigen Güter.

Daraus ergibt sich für die Bevölkerungsschichten, deren Existenz lediglich auf ihre Arbeitskraft gestützt ist, die Gefahr, daß ihnen der heißersehnte allgemeine Friede keine Milderung, ja vielleicht gar eine Verschärfung ihrer Lebensnöte bringen würde. Ihnen müßte die Verringerung ihres Einkommens ohne jede Möglichkeit zu einer ausgleichenden Ausgabenverringerung bevor, was wohl den Todesstoß für Millionen Christen bedeuten würde. Angesichts dieser Gefahr ist es wohl am Platze, sich zu fragen, in welchem Ausmaß die Höherbewertung der menschlichen Arbeitskraft mit der Aufwärtsbewegung aller Preise während des Krieges Schritt gehalten hat. Bei solcher Untersuchung muß man aber vor allem gewisse Arbeiterkategorien ausschalten, denen seitens der Kriegsindustrie Löhne zuabilligat wurden, die außerhalb jedes Verhältnisses mit den Erwerbsmöglichkeiten aller übrigen arbeitenden Bevölkerungsschichten, also der Allgemeinheit, die hier ins Auge gefaßt werden muß, stehen. Man findet dann, daß die Arbeitslöhne für manuelle Arbeiten heute im allgemeinen das Drei- und Vierfache des Friedensausmaßes betragen, also sich etwa in dem Verhältnis erhöht haben, in dem die amtlichen „Höchstpreise“ für die unentbehrlichen Bedarfsartikel zu deren Friedenspreisen stehen. Angesichts des Umstandes, daß diese Höchstpreise nur ein rein abstraktes Dasein führen, ist ohne jeden weiteren Beweis klar, daß dem Arbeiter, dessen heutiges Einkommen 200 bis 400 Prozent seines Friedenslohnes beträgt, noch ein ganz gehöriger Bat Kriegslast zu schleppen verbleibt.

Um so mehr beirret daher die Wahrnehmung, daß sich die Bewertung geistiger Arbeitsleistungen noch in viel ungünstigerer Progression entwickelt hat als die manuelle Tätigkeit. Von ganz vereinzelten Ausnahmefällen abgesehen, betragen die während des Krieges erzielten Einkommensteigerungen der geistigen Arbeiter 25 bis 50 Prozent; Steigerungen von 80 bis 100 Prozent wurden bloß einigen verhältnismäßig kleinen Gruppen zuteil, und diese bilden den Gegenstand des Neides aller übrigen, weniger allfälligen — obwohl diese Neideten selbst noch alle Ursache haben, die Mehrzahl der gewerblichen und industriellen Arbeiter zu beneiden. Wochenlöhne von 120 bis 180 Kronen sind — und wie hier festgestellt werden soll, gewiß nicht mit Unrecht — selbst für ganz junge gewerbliche Arbeiter heute etwas Selbstverständliches; Monatsgehälter von 500 bis 800 Kronen einschließlich aller Zulagen erzielen Beamte selbst mit akademischer Vorbildung auch heute nur nach ziemlich langer Dienstzeit. Mittel- und Hochschulbildung und sonstiges Fachstudium, die sich der geistige Arbeiter unter Anwendung eines vollen Drittels seiner normalen Lebensdauer erwerben mußte, geben heute eine viel schlechtere Anwartschaft auf einen wenigstens die dringendsten Lebensnotwendigkeiten deckenden Erwerb, als eine drei- bis vierjährige Lehrzeit in einer gewerblichen Werkstatt, und es ist leider begründete Ursache zur Besorgnis vorhanden, daß sich dieses ungünstige Verhältnis noch weiter zu Lasten der geistigen Arbeiter verschlebe. Schon heute sind Fälle, wo der Ingenieur oder der Chemiker, der Buchhalter oder der Kassier irgendeines Unternehmens materiell absolut schlechter gestellt ist, als der Werkmeister desselben Unternehmens, nicht selten; es ist eine alltägliche Erscheinung, daß jugendliche Industriearbeiter besser, ja doppelt so hoch entlohnt werden wie jüngere kommerzielle Angestellte. Nun ist die Welt von jeher, um so mehr also in einer vom Materiellen so beherrschten Zeit, wie es die Gegenwart ist, geneigt, soziale Stellung und deren finanziellen Erfolg als

von einander bedingt anzusehen — wer wenig verdient, kann nicht viel sein! Der besser bezahlte Mann fühlt sich dem schlechter entlohten vorangestellt; er schiert sich keinen Deut darum, daß die verantwortungsvollere Stellung des geistigen Arbeiters ohne ein gewisses Maß von Ansehen gegenüber dem manuellen Arbeiter nicht zweckdienlich ausgefüllt werden kann. Wo sich dieses Mißverhältnis in der Bezahlung und die sich daraus ergebenden Folgen bei der Ausübung des Dienstes einmal zeigen, werden bald unleidliche Verhältnisse entstehen, die dem Interesse des betreffenden Unternehmens sicherlich nicht förderlich sein können. Im allgemeinen aber verleitet dieses Mißverhältnis zur Geringschätzung geistiger Arbeit und der Aufgabe, die sie im Leben des Staates und des Volkes zu erfüllen hat. Es liegt darum nicht nur im Interesse der geistigen Arbeiter, wenn sie diese Verhältnisse aus der Welt geschafft sehen wollen, wenn sie anstreben, in die hoffentlich nicht mehr allzuferne Zeit der Regulierung unserer arg in Unordnung geratenen Wertbegriffe wenigstens nicht mit ungünstigeren Chancen einzutreten als die manuellen Arbeiter. Das ist keine Standesforderung, sondern eine soziale Notwendigkeit, die nur leugnen würde, wer auf den Trümmern des Mittelstandes einen utopischen Staat autoritärer oder kommunistischer Struktur entstehen lassen wollte.